



## Gemeinsame Positionspunkte und Forderungen

### Privatsphäre und digitale Sicherheit gewährleisten

Private Kommunikation mittels **Ende-zu-Ende-Verschlüsselung** darf als essenzielles Recherche- und Arbeitswerkzeug von Medienschaffenden und als Voraussetzung für die Wahrung der Privatsphäre im digitalen Raum nicht durch staatliche Hintertüren gefährdet werden.

### Grundrechte schützen und Transparenz schaffen durch moderne Plattformregulierung

Deutschland soll sich für eine europäische Regulierung von Online-Plattformen einsetzen, die die Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit stärkt. Die Plattformregulierung soll auf den Prinzipien der [Internationalen Partnerschaft für Information und Demokratie](#) aufbauen. Eckpfeiler hierfür sind Transparenzpflichten der Plattformen in Bezug auf die Moderation von Beiträgen, wirksame Widerspruchsrechte, die Wahrung der Privatsphäre der Nutzenden sowie die Stärkung ihrer Wahlfreiheit, u.a. in Hinblick auf automatisierte Entscheidungssysteme und Personalisierung. Plattformen sollten verpflichtet werden, Zugang zu Daten zu gewähren, die eine unabhängige Untersuchung ihrer Praktiken ermöglichen.

### Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft

Die Bedürfnisse ehrenamtlich getragener Strukturen, des dritten Sektors des Digitalen (neben dem privatwirtschaftlich betriebenen und dem öffentlich finanzierten), werden weithin vernachlässigt – trotz vieler anderslautender Bekenntnisse. Wir fordern insbesondere bei der Plattformregulierung **sachgerechte Sonderregeln für gemeinwohlorientierte Internet-Strukturen**, die Selbstverwaltung fördern und Haftungsrisiken senken.



## **Gewaltschutz und rechtsstaatlicher Umgang mit Hassrede im Netz**

Wir fordern neue Wege im Kampf gegen Hassrede in sozialen Netzwerken: Mit einem Digitalen Gewaltschutzgesetz sollen Opfer und Opferschutzverbände dafür sorgen können, dass Gerichte in einem rechtsstaatlichen Verfahren einzelne Accounts sperren, mit denen Straftaten im Netz begangen werden. Außerdem sollen die Beratungs- und Hilfsangebote ausgebaut werden. So werden die Grundrechte der Betroffenen gewahrt und das Internet kann wieder mehr zu einem Ort werden, in dem alle mitdiskutieren können, ohne Angst vor verbaler Gewalt haben zu müssen.

## **Nachhaltige Open-Source-Infrastruktur aufbauen**

Es braucht in Deutschland (und Europa) eine **nachhaltige und unabhängige Förderung von Open-Source-Infrastruktur** nach Vorbild des Open Technology Funds.

## **Automatisierung in der öffentlichen Verwaltung transparent machen**

Behörden haben eine besondere Verantwortung offenzulegen, ob und in welcher Form sie Systeme zum automatisierten Entscheiden (ADM-Systeme) einsetzen. Wir fordern daher, öffentliche Register über von Behörden genutzte ADM-Systeme einzuführen. Diese sollten auf verständliche und leicht zugängliche Weise Auskunft über den Zweck des Systems, das zugrundeliegende Modell sowie den/die Entwickler\*in geben.

## **Diskriminierung durch Credit Scoring vorbeugen**

Auskunfteien, die automatisiert Bonitätsauskünfte („Credit Scoring“) über Verbraucher\*innen erteilen, müssen die gespeicherten Informationen und alle über die Betroffenen errechneten Scores direkt kostenfrei digital zugänglich machen. Aufsichtsbehörden müssen die Auskunfteien regelmäßig begutachten. Dabei sind die Datenhaltung und -konsistenz, die sozialen Auswirkungen durch mögliche Diskriminierungseffekte sowie die Einspruchsmöglichkeiten Betroffener zu beachten. Die Gutachten müssen vollständig öffentlich zugänglich sein, unter Berücksichtigung berechtigter Geheimhaltungsinteressen.



## Informationsfreiheit stärken und völkerrechtlich anerkennen

Wer es mit der Offenen Regierungsführung wirklich ernst meint, muss auch die nötige Transparenz bei der Informationsfreiheit schaffen. Dazu ist es notwendig und dringend geboten, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten **Transparenzgesetz** weiterzuentwickeln, das auch einen Rechtsanspruch auf Open Data beinhaltet. Deutschland soll die internationale **Tromsø-Konvention** unterzeichnen, um das allgemeine Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten auch völkerrechtlich zu verankern.

## Urheberrecht für digitale Nutzung fit machen

Öffentliche Bibliotheken sind ein elementarer Ort für den Zugang zu Wissen und Kultur. Sie müssen ihre Angebote auch online zugänglich machen dürfen - das hat die Pandemie mehr als deutlich gemacht. Das Urheberrecht muss dahingehend weiter modernisiert werden, zum Beispiel damit Bibliotheken unter denselben Bedingungen E-Books verleihen dürfen, die sich für physische Bücher bewährt haben, ohne dafür Lizenzverträge abschließen zu müssen.

## Den Grundsatz „Öffentliches Geld - Öffentliches Gut“ umsetzen:

Was maßgeblich mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, soll für die gesamte Gemeinschaft frei verfügbar und frei nutzbar sein: **Öffentliches Geld - öffentliches Gut**. Wichtigster Bezugspunkt ist hier die [Open Definition](#). **Deutschland braucht hier eine verbindliche gesetzliche Grundregel** betreffend öffentliches Haushaltsrecht und Beschaffungswesen, Forschungsförderung, Bildungsmaterialien, öffentlich-rechtlichen Rundfunk etc.

Mit freundlichen Grüßen

### Matthias Spielkamp

Geschäftsführer  
AlgorithmWatch

### Malte Spitz

Generalsekretär  
Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V.

### Henriette Litta

Geschäftsführerin  
Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.

### Christian Mihr

Geschäftsführer  
Reporter ohne Grenzen

### Abraham Taherivand

Geschäftsführender Vorstand  
Wikimedia Deutschland e. V.